

**STOPPEN
SIE
die
WILLKÜR
des
„SCHILD-“
BÜRGER-
MEISTERS**

WÄHLEN SIE



Liste Schachel Parteilos
FÜR EIN LEBENSWERTES NIEDERHOLLABRUNN



Liste Schachel Parteilos

FÜR EIN LEBENSWERTES NIEDERHOLLABRUNN

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Marktgemeinde Niederhollabrunn! Liebe WählerInnen!

Wir, die LSP, machen eine bürgernahe und transparente Politik. Wir wollen Ihnen einen ausführlichen Einblick in unsere Arbeit und damit in die Vorgänge der Gemeinde geben. Diese Aussendung ist der bürgerfeindlichen, vielfach gesetzwidrigen und verschwenderischen „schwarzen“ Gemeindeführung unter Bürgermeister Jürgen Duffek und seinen Mitläufern von „rot“ und „blau“, sowie unserem Bemühen, ein Gleichgewicht durch konsequente Oppositionsarbeit herzustellen, gewidmet.

Wir wollen eine langfristig positive Zukunft für unsere Gemeinde - mit Ihrer Stimme!

STOPP der „DUDU-Koalition“¹



¹ Für die bessere Lesbarkeit wird die Koalition zwischen Bürgermeister DUFFEK Jürgen (ÖVP) und seinem Bruder DUFFEK Christian (SPÖ) hinkünftig als „DUDU“ bezeichnet.

5 Jahre bürgerfeindliche, gesetzeswidrige und verschwenderische Politik von Bgm. Duffek

- Wie Sie vielleicht wissen, verlor die ÖVP 2 Mandate bei der Gemeinderatswahl 2015 und war damit nicht mehr allein regierungsfähig. Bgm. Wimmer war unangefochten der Vorzugsstimmensieger. Er war enttäuscht über das Wahlergebnis, aber bestrebt einen Gemeinderat, entsprechend dem Wahlergebnis zusammenzustellen. Hierzu führte er auch Gespräche mit der LSP. Nach kurzer Zeit teilte er jedoch mit, dass er parteiintern zum Rücktritt gezwungen wird.
Nicht nur, dass Hr. Wimmer zum Rücktritt gezwungen wurde, sondern er wurde in weiterer Folge von seinem Amtsnachfolger, Jürgen Duffek, bei der Staatsanwaltschaft wegen Amtsmissbrauchs angezeigt. Bgm. Wimmer musste sich also als Privatperson mit dem Verfahren herumschlagen, welches er, unserem Wissen nach, schadlos überstand. Einschüchterung und rücksichtslose Durchsetzung von Interessen begleiten Bgm. Duffek.
- In der „DUDU-Koalition“ gingen so ziemlich alle sozialen und christlichen Werte verloren.
- Als BürgerIn muss man damit rechnen, bei vorgebrachten Anliegen oder eingebrachten Anträgen an der Willkür von Bgm. Duffek zu scheitern.
- Bgm. Duffek verschwendet das Geld der BürgerInnen, indem er
 - zu **überhöhten Preisen** landwirtschaftliche Flächen **kauft**;
 - Straßenlampen aufstellen, wieder abbauen und andernorts neu aufstellen lässt;
 - Grünschnitt-Container ankauft und den Grünschnitt kostenintensiv in andere Gemeinden abtransportieren lässt, anstatt ihn im Ort einer Verwendung zuzuführen;
 - **Gemeindebedienstete** als „Plakatierer“ **für seine** Wahlkämpfe zweckentfremdet;
 - ein **Gemeindeamt baut**, das als **Millionengrab** bezeichnet werden kann;
 - u.v.m.
- Bgm Duffek rühmt sich die Gemeinde-Finzen **angeblich** verbessert zu haben. **Falsch!** 2 stattliche fixe Ausgabeposten der letzten Jahrzehnte sind weggefallen, nämlich die Leasingraten für die Volksschule und die Bürgermeisterpension von Altbürgermeister Schörg, sodass die Gemeindefinzen sich automatisch verbessert haben.
- Bgm. Duffek nimmt keinerlei Rücksicht auf das Privatleben der BürgerInnen: Er erlässt Sanierungsaufträge oder lässt Gebäude wegreißen, Autos vom Grundstück entfernen, u.v.m. Diese Aktionen werden aber nur bei **manchen** BürgerInnen gesetzt! Personen in seinem politischen Umfeld bzw. Privatbereich sind von solchen Vorgaben nicht betroffen! **Wann werden alle BürgerInnen in unserer Gemeinde nach gleichen Maßstäben behandelt?**
- Bgm. Duffek hat vor der Gemeinderatswahl 2020 netto **171 BürgerInnen** aus dem **Wählerregister gestrichen!**

- Bgm. Duffek hat die Freiwillige Feuerwehr und den Kameradschaftsbund für seine eigenen Zwecke instrumentalisiert. Damit können vertrauliche Informationen, wie Einsatzberichte der Feuerwehr, gegen unliebsame BürgerInnen eingesetzt werden. Das ist ein klares Zeichen der Geringschätzung der ehrenamtlichen, **parteionabhängigen Arbeit** vieler Freiwilliger.
- Erschreckend viele Personen in unserer Gemeinde wurden mit massiven Auflagen durch Bgm. Duffek als Baubehörde belastet. Die Kosten für die Einzelnen waren immens. Vereinzelt mussten sogar Grundstücke veräußert werden, um die Kosten zu stemmen!
- Die Gemeindeordnung (§ 22) regelt die „Spielregeln“ für einen ordentlichen und transparenten Ablauf der Gemeinderatssitzungen. Jeder Gemeinderat hat das Recht auf Wortergreifung und Begründung bei Nichtbeantwortung.
In der Praxis wurden Wortergreifungen der LSP meist unterbunden, Anfragen wurden beinahe nie beantwortet und auch nicht in der nächsten Sitzung nachgereicht, da der Schriftführer sie nicht protokolliert hatte.
Bürgermeister Duffek wurde erfreulicherweise von der Aufsichtsbehörde und auch von der Realität eingeholt. Er musste bei darauf folgenden Sitzungen Fehler aus vorangegangenen Beschlüssen der „DUDU-Führung“ aufheben und in anderer Form – meist wie von der LSP gefordert – beschließen.
- Sämtliche Dringlichkeitsanträge der LSP wurden von „DUDU“ kategorisch abgelehnt.
- Bgm. Duffek sorgte dafür, dass **sehr viele Punkte in den nicht-öffentlichen Teil** von Gemeinderatssitzungen verlegt wurden und somit die Vertraulichkeit der Beratung und Beschlussfassung zwingend galt. **Transparenz sieht anders aus!**
- Bgm. Duffek hat gegen grundlegende Bestimmungen der Gemeindeordnung in Sachen Beschlussfähigkeit (§ 48 NÖ GO) und Befangenheit (§ 50 NÖ GO) des Öfteren verstoßen. Die LSP brachte daraufhin Aufsichtsbeschwerden ein, weil Beschlüsse mit zu wenigen Gemeinderäten getätigt wurden, oder befangene „DUDU-Gemeinderäte“ mitstimmten.
- Die „DUDU-Führung“ hat es in 5 Jahren geschafft, dass nicht **eine einzige Sitzung** einberufen wurde, bei der **alle notwendigen Unterlagen** für die Tagesordnung **vorhanden** waren. Es war daher vielfach unmöglich, bei gewissen Punkten mit gutem Gewissen mitzustimmen. Die LSP-Mandatare mussten sich folglich ihrer Stimme enthalten.
- In diversen Gerichts- und Behördenverfahren trat Bgm. Duffek gegen BürgerInnen der Gemeinde Niederhollabrunn und auch gegen die LSP auf. So geschehen bei:
 - Gebühreneintreibungen
 - Besitzstörungsklage
 - Versuch der Besachwalterung
 - Versuch der Führerscheinabnahmen
 - Ein sehr interessantes Beispiel ist ein Grundverkehrsverfahren am LVwG St. Pölten Mitte 2017:

2017 tritt Bgm. Duffek gegen einen ortsansässigen Landwirt A, als Zeuge **FÜR Grundstückserwerber Z**, vor Gericht auf:

„Ferner beantrage ich die zeugenschaftliche Einvernahme des

- Bürgermeisters Jürgen Duffek, p.A. Amtsweg 1, 2004 Niederhollabrunn zum Beweis dafür, dass der **[Landwirt A]** nicht aus landwirtschaftlichen Interessen den Einspruch gegen den Kaufvertrag erhoben hat, sondern aus querulatorischen Erwägungen und daher in Wirklichkeit überhaupt kein Kaufinteresse an den landwirtschaftlichen Liegenschaften hat.“

Beweisantrag des Anwalts des **Grundstückserwerbers Z** im Gerichtsverfahren

1 JAHR SPÄTER

2018 steht in der NÖN Ausgabe von KW28/2018, dass Bgm. Duffek **GEGEN den Grundstückserwerber Z** auftritt:



Eine wörtliche Passage aus dem Artikel wird für die bessere Lesbarkeit hier wiedergegeben:

Ortschef Duffek bezweifelt die Absichten des Wieners und spielt auf seine Qualifikation an: „Es gibt zu viele Kapitalisten, die Häuser kaufen und dank einer schnellen Ausbildung alle Rechte eines Landwirts haben. Das schafft für alle die Möglichkeit, im Grünland und in sensiblen Gebieten zu hantieren. Für bestehende Landwirte ist das in Agrargemeinden zunehmend ein Problem.“



Ortschef Duffek bezweifelt die Absichten des Wieners und spielt auf seine Qualifikation an: „Es gibt zu viele Kapitalisten, die Häuser kaufen und dank einer schnellen Ausbildung alle Rechte eines Landwirtes haben. Das schafft für alle die Möglichkeit, im Grünland und in sensiblen Gebieten zu hantieren. Für bestehende Landwirte ist das in Agrargemeinden zunehmend ein Problem.“

Wir können nur mutmaßen, warum Bgm. Duffek **zuerst gegen** den ortsansässigen **Landwirt A** und nur 1 Jahr später **dann gegen** den **Grundstückserwerber Z** vorgeht. Unsere Erklärung ist die Willkür des Bürgermeisters.

Die LSP lässt sich dadurch nicht einschüchtern!

25 JAHRE
ehrliche und konsequente Oppositionspolitik
im Gemeinderat bürgen dafür!

STOPPEN SIE

die WILLKÜR von Bgm. DUFFEK

STOPPEN SIE

**die Anträge
zur BESACHWALTERUNG
und FÜHRERSCHEINABNAHMEN**

STOPPEN SIE

die ANGRIFFE aufs PRIVATEIGENTUM

STOPPEN SIE

die GEBÜHRENERHÖHUNGEN

Die LSP schützt die BürgerInnen vor Willkür!

Eine BÜRGERLISTE kämpft für ALLE BÜRGERINNEN

WÄHLEN SIE



Liste Schachel Parteiilos

FÜR EIN LEBENSWERTES NIEDERHOLLABRUNN

STOPPEN SIE die WILLKÜR des „SCHILD“- BÜRGERMEISTERS

In unserer Gemeinde werden Vorhaben umgesetzt, die zu 100% zu Lasten von uns, Bürgerinnen und Bürger, gehen! Die Art und Weise der Umsetzung erfolgt schildbürgerhaft oder offensichtlich zum Vorteil einiger Auserwählter.

Zu- und Umbau des Gemeindeamtes

Bgm. Duffek hat mit seiner Anhängerschaft (kurzerhand „DUDU“) den Zu- und Umbau des Gemeindeamtes mit Kosten von mindestens 1,5 MILLIONEN EURO beschlossen.

WOZU ein neues bzw. erweitertes Gemeindeamt?

Hintergrund:

Für alle bisherigen Bürgermeister war das Bürgermeisterbüro ausreichend. Bgm. Duffek fühlte sich jedoch „beengt“ und vereinnahmte den Sitzungssaal des gesamten Gemeinderates für sich. Die Gemeinderatssitzungen mussten deswegen in die Feuerwehren ausgelagert werden, und zwar in das nicht barrierefreie obere Stockwerk der Feuerwehrhäuser!

Bgm. Duffek hat somit zuerst durch seinen übermäßigen Raumanpruch ein Raumproblem für den Gemeinderat geschaffen, um dieses dann als Euro-Millionengrab den BürgerInnen zu verkaufen bzw. ihnen umzuhängen. Die RaucherInnen im Gemeindebüro und Gemeinderat befürworteten den Neubau mit großem Sozial- bzw. Pausenraum aus Eigeninteresse.

Um etwaige Widerstände aus der Bevölkerung bzw. aus der Opposition zu vermeiden, wurden Sie, liebe BürgerInnen und auch wir LSP-Gemeinderäte von der Entscheidung über die **Kosten in Millionenhöhe** ausgeschlossen. Das Projekt wurde **mittels „Salami-Taktik“ stückchenweise beschlossen** und die Kosten auf mehrere Jahre aufgeteilt. Da der **Bürgermeister absolut regiert**, war es **uns nicht möglich, dieses Projekt mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln im Gemeinderat zu verhindern**. Ohne unsere Beschwerde an die Aufsichtsbehörde der NÖ Landesregierung, aufgrund fehlender Unterlagen und des Verdachtes fehlender finanzieller Mittel, wüssten wir wahrscheinlich bis heute nicht, dass sich die ursprünglich genannten **Kosten bereits mehr als verdoppelt haben, und zwar auf 1,5 Millionen Euro!** Einzig und alleine SIE, liebe WählerInnen, können bei dieser Wahl mit einer Stimme für die LSP noch einen Baustopp ermöglichen und durch uns in weiterer Folge eine Adaptierung des Projektes im Sinne der Barrierefreiheit und Kostenreduktion erreichen.

Die wahren Kosten:

Nach einer Beschwerde an die Aufsichtsbehörde durch die LSP hat Bgm. Duffek schließlich im Voranschlag für das Jahr 2020 1 Million EURO für das Bauprojekt veranschlagt und für das Jahr 2021 zusätzliche 306.000,- EURO.

Mit den bereits im Jahr 2019 beauftragten Arbeiten wird das Projekt in Summe mindestens 1,5 Millionen EURO kosten!

Der offizielle von Bgm. Duffek kommunizierte Grund für den Neubau (Zu- und Umbau) war die notwendige Barrierefreiheit für das Gemeindeamt. Diese Barrierefreiheit wird in Schildbürgermanier in die Tat umgesetzt, denn Bgm. Duffek lässt eine Treppe als Barriere einbauen! Er plant einen Veranstaltungssaal für 100 Personen im **1. Stockwerk und das OHNE AUFZUG!** Die 100 Personen müssen eine Treppe benutzen. Für Personen mit besonderen Bedürfnissen ist ein **Treppenlift vorgesehen. Ein Treppenlift ist normalerweise eine Notlösung** für bereits bestehende, nicht adaptierbare, Gebäude.

Unserer Meinung nach ist die auffällige Ähnlichkeit zwischen unserem Gemeindeamtsbau und der Erzählung rund um den Rathausbau im Buch „Die Schildbürger“² nicht von der Hand zu weisen.

Auszüge aus den Kapiteln 7 bis 13 lauten:

7. Wie die Schildbürger einig wurden, ein neues Rathhaus zu bauen, und was sich damit begeben habe.
9. Wie die Schildbürger ihr Rathhaus aufgeführt und die **Fenster vergessen haben.**
13. Wie die Schildbürger in ihrer Rathsstube das Eingeweide gemacht **und des Stubenofens vergessen haben.**



Grafik: Wie die Schildbürger Rath schlugen, das Licht in ihr Rathhaus zu tragen.

Es gibt einige Überlegungen unsererseits bzw. viele nicht beantwortete Fragen, wie z.B.

1. Wie viele Personen können die Fluchttreppe und den Treppenlift gleichzeitig nutzen? Ein Fluchtwegekonzept gibt es ja bis jetzt nicht!
2. Was machen Eltern mit ihren Kinderwägen, wenn Sie die Veranstaltungen besuchen? Ein Treppenlift ist für Kinderwägen nicht geeignet!
3. Wie lange wird es dauern bis nachträglich ein Lift eingebaut wird und dann die Bürger die Zeche zahlen müssen? Über den Treppenlift wird der Bedarf für den Veranstaltungssaal usw. nicht zu befördern sein!
4. Es gibt eigentlich keine Vorgaben für den Neubau. Die Erreichbarkeit über die Gemeindeglocke war bislang ausreichend gegeben. Man könnte den Service verbessern, indem man Hausbesuche zu Amtszeiten nach telefonischer Vereinbarung anbietet. Man könnte auch den Postamtsbereich zu einem Bürgerservicecenter umbauen.
5. Unsere Anfragen betreffend sonstiger Barrierefreiheit, wie barrierefreie Türen, keine Barrieren für Gehör- und Sehbeeinträchtigte, usw. wurden bis jetzt nicht beantwortet.
6. Wer braucht neben den bereits vorhandenen Möglichkeiten noch einen zusätzlichen Veranstaltungssaal für 100 Personen?
7. Das Gesetz zur Barrierefreiheit gibt es bereits seit 15 Jahren! Warum wurde bis dato nichts in diese Richtung unternommen? Entsprechende Maßnahmen zur Barrierefreiheit hätten schon lange umgesetzt werden können. Der Raumanspruch Bgm. Duffeks zur Befriedigung eigener Interessen scheint wohl den Ausschlag für dieses Bauprojekt gegeben zu haben!

² Karl Simrock: Die Schildbürger. Vitalis, Furth im Wald/Prag 2000, ISBN 3-934774-37-7

In Bezug auf die Barrierefreiheit öffentlicher Einrichtungen fallen uns noch andere Bereiche auf, z.B. die Feuerwehrhäuser und die Volksschule sind Eigentum der Gemeinde und viele der vorhandenen Gehsteige. Warum wurden und werden nicht auch sie barrierefrei gemacht? In den Plänen der „DUDU“-Führung kommen Sie zumindest in den nächsten 5 Jahren nicht vor!

Warum sollen die BürgerInnen für das räumliche Wohlbefinden von Bgm. Duffek stolze 1,5 Millionen Euro zahlen?

Die Marktgemeinde Niederhollabrunn hat sich durch jahrzehntelange Fehlplanungen zu einer hoch verschuldeten Gemeinde entwickelt. Bgm. Duffek hat die Gemeinde in den letzten 5 Jahren kein bisschen finanziell saniert, im Gegenteil, er hat sich scheinbar auf die Verschleierung von Schulden, die Ausbeutung des Holzvorrats der Gemeindewälder und auf die rigorose Erhöhung von Gebühren bzw. das Eintreiben von Geldern spezialisiert.

Der Gemeindeneubau stellt die nächste Fehlplanung dar und ist bereits in Auftrag gegeben!

STOPPEN SIE diesen Unsinn mit Ihrer Stimme für die LSP am 26.1.2020!

Sie, liebe BürgerInnen, können dieses **Millionengrab verhindern!** Sie haben es übrigens schon einmal geschafft, als sie die Umfrage zum Umbau des alten Kindergartens am Kirchenberg in ein Gemeindeamt tatkräftig unterstützten (geplante Kosten 100.000 €). Bekanntermaßen hat Bgm. Duffek diese Umfrage haushoch verloren. Der Plan wurde eingestampft - zurecht!

HOLEN WIR DIE KONTROLLE ÜBER UNSER GELD ZURÜCK! STOPPEN WIR das Millionengrab „Gemeindeamtbau“!

Wir, die LSP, arbeiten für Sie!

Hilfestellung bei Androhung von Verwaltungsstrafverfahren

Viele Bürger kontaktierten uns im Falle polizeilicher Überprüfungen betreffend diverser Abfallablagerungen. Diese führten zur **Androhung von Verwaltungsstrafverfahren**. Es hatte den Anschein, dass der Auftrag zu diesen Überprüfungen von der Gemeindeführung veranlasst wurde. Wir stellten den Antrag auf einen Tätigkeitsbericht des Umweltgemeinderates und um Hilfestellung für die BürgerInnen mittels Informationsaussendungen zum Thema Abfalllagerung.

Forderung nach Finanzplanung

Wir forderten die Gemeindeführung und den Prüfungsausschuss auf, den gesetzlichen Verpflichtungen zur Erstellung des Rechnungsabschlusses und des Voranschlages nachzukommen.

Anträge für die (körperliche) Sicherheit in der Gemeinde

Es wurden mehrere Anträge zur Sicherheit in unserer Gemeinde eingebracht. Diese betrafen die Zustände der Spielplätze, das **Auslegen von Rattengift ohne Vorabinformation** der Bevölkerung und mit nicht ausreichender Schutzausrüstung der Gemeindemitarbeiter, den Zustand (Ausschwemmung) der Feldwege, Maßnahmen zum

Schutz der Bevölkerung bei Starkregenereignissen und die Sicherheit der elektrischen Anlagen der Gemeinde.

Anträge für die Gesetzmäßigkeit der Gemeindeführung

Ein weiterer Schwerpunkt der Anträge sollte die Probleme der Zusammenarbeit im Gemeinderat aufgrund der Arbeitsweise des Bürgermeisters und des Amtsleiters im Einklang mit den Empfehlungen der Aufsichtsbehörden lösen, wie:

- Erlassung einer Geschäftsordnung für den Gemeinderat;
- Weisung an den Bürgermeister durch den Gemeinderat, sich an die Gesetze zu halten;
- Anschaffung eines Gerätes zur Schallaufzeichnung zur Unterstützung der Protokollführung;
- Beschlussfassung über Internetbeiträge zu öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates mit einer Bildfixierung auf die Mitglieder des Gemeinderats sowie die mit der Abfassung des Protokolls betrauten Gemeindebediensteten mit zeitlicher Befristung des Inhalts der Übertragungen;
- Wiederholte Verstöße gegen die NÖ Gemeindeordnung durch die Vorenthaltung von Unterlagen bei der Akteneinsicht für Verhandlungsgegenstände einer anberaumten Gemeinderatssitzung;
- Aufhebung gesetzeswidriger Beschlüsse von SPÖ und ÖVP.

Kontrolle durch die Gemeindeaufsichtsbehörden Bezirkshauptmannschaft Korneuburg und NÖ. Landesregierung

In etlichen Bereichen war es für uns zur Schadensabwehr im Sinne der Gemeinde notwendig, uns an die Aufsichtsbehörden zu wenden, insbesondere auch deshalb, weil die Gemeindeführung unsere Dringlichkeitsanträge ablehnte. Die Aufsichtsbehörden haben uns, der LSP, recht gegeben bzw. die Gemeinde zum korrekten Verhalten veranlasst. Einige Missstände, die wir mit den Aufsichtsbehörden korrigieren mussten, finden Sie hier:

Verstöße gegen die NÖ Gemeindeordnung

- Vorenthaltung von Unterlagen bei der Akteneinsicht für Verhandlungsgegenstände einer anberaumten Gemeinderatssitzung;
- Fortführung von Sitzungen, obwohl die Beschlussfähigkeit nicht vorhanden war;
- Beschlüsse der ÖVP und SPÖ Gemeinderäte trotz Befangenheit;
- Nichteinhaltung der Gesetze bei der Erstellung und Veröffentlichung von Voranschlag und Rechnungsabschluss;
- Nichterstellung eines Nachtragsvoranschlages (Fehlbetrag über 200.000 EURO);
- Nichtbedeckung von Aufträgen;
- Nichtvollzug von Gemeinderatsbeschlüssen durch den Bürgermeister;
- Auftragsvergabe ohne gültigen Gemeinderatsbeschluss;
- Verletzung der Amtsverschwiegenheit;
- Prüfverhalten des Prüfungsausschusses usw.

Weitere LSP-Tätigkeiten der letzten 5 Jahre in Ihrem Sinne:

- Einbringung von 30 Dringlichkeitsanträgen im Gemeinderat;
- Einbringung von 30 Aufsichtsfragen bzw. -beschwerden an die NÖ Landesregierung und die BH Korneuburg;
- Einbringung eines Misstrauensantrags gegen den Bürgermeister;
- Unterstützung in 20 Gerichtsverfahren, die gegen BürgerInnen geführt wurden;

- Initiativantrag LSP-Gemeinderats Kaiser zum Thema „Stopp des Verkaufes der ehemaligen Volksschule in Streitdorf“.

Die von uns eingebrachten Dringlichkeitsanträge und Aufsichtsbeschwerden, die wir veröffentlichen dürfen, die Protokolle der öffentlichen Gemeinderatssitzungen, den letzten Rechnungsabschluss und den Voranschlag der Gemeinde für 2020 finden Sie auf der LSP Homepage <http://www.liste-schachel.at/service.html>.

Sollten Sie Fragen zu den Dokumenten auf der Homepage haben, so können Sie diese gerne an uns richten. Wir würden uns freuen, diese persönlich mit Ihnen zu erörtern.

Die LSP ist Garant für Kontrolle und Transparenz:

- Der Gemeinderat von der FPÖ, Hr. Kleinhappel, hatte auf einem ÖVP Platz den Prüfungsausschuss geleitet und ist de facto als Vollstrecker des Bürgermeister Duffeks aufgetreten. Im Gemeinderat selbst war er nicht oft bei Sitzungen anwesend und wenn, dann war es selbstverständlich, dass er mit Bgm. Duffek mitstimmte.
- Die SPÖ und die ÖVP ist nur ein roter und schwarzer Anstrich der „DUDU-Koalition“ ohne Transparenz und Fairness für die BürgerInnen.

**LSP steht für Kontrolle und Transparenz,
um Fairness für ALLE zu garantieren.**

WAHLKARTE

Wenn Sie aus irgendwelchen Gründen am Wahltag nicht wählen können, dann helfen wir Ihnen gerne bei der schriftlichen oder elektronischen Beantragung einer Wahlkarte bis zum **letztmöglichen Termin am 22.01.2020**.

Sie erreichen uns unter der Telefonnummer: +43 676 4258021, per Email listesp@gmx.at oder persönlich in der Steinbergstraße 12, 2004 Niederhollabrunn

Sind Sie für

Recht auf Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz	✓
Unverletzlichkeit des Hausrechtes	✓
Recht auf Unverletzlichkeit des Eigentums	✓
Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens	✓
Transparenz	✓
Gemeinwohl	✓
Pressefreiheit	✓
Kampf gegen Korruption	✓
Meinungsfreiheit	✓
Altersgerechtes Leben	✓

dann wählen Sie die



Liste Schachel Parteilos

FÜR EIN LEBENSWERTES NIEDERHOLLABRUNN

am

26.1.2020



**Wir arbeiten für SIE!
Schenken Sie uns Ihr Vertrauen!**